

Wir müssen für die Zukunft handeln!

2038 – bis zu diesem Datum soll das letzte Braunkohlekraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden. Für die vier betroffenen Braunkohlereviere bedeutet der Ausstieg aus der Kohle einen tiefen Einschnitt. Gerade auf das Rheinische Revier mit vielen tausend Beschäftigten und Zulieferern wird ein herber Strukturwandel zukommen. Bund und Länder haben sich bereits verpflichtet, die betroffenen

schläge für den Strukturwandel und auch erste Maßnahmenlisten erarbeitet und zusammengetragen worden. „Während sich andere Städte wie Jüchen schon gut positioniert haben, taucht Mönchengladbach bislang nicht auf. Das ist ein riesiges Versäumnis, das wir schnellstens beheben müssen. Auf unsere Einladung hin haben sich Hochschule, IHK, Kreis-handwerkerschaft, Agentur für Arbeit, NEW



Regionen nicht im Regen stehen zu lassen. Über die nächsten Jahrzehnte hinweg werden Milliardenbeträge auch in das Rheinische Revier fließen, um den Strukturwandel aktiv zu gestalten.

„Der Strukturwandel schweißst die Region zusammen. Allen Städten ist klar, dass wir nur im Verbund stark sind. Deswegen war es so wichtig, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) beizutreten. In diesem Kreis sind alle Kommunen und weitere Partner aus der Wirtschaft organisiert“, betont Felix Heinrichs, SPD-Fraktionsvorsitzender.

Die von der Bundesregierung eingesetzte so genannte Kohlekommission hat nicht nur ein Ausstiegsdatum für den Kohleausstieg empfohlen. Darüber hinaus sind weitere Vor-

und politische Vertreter getroffen, um mit der Vernetzung zu starten“, so Heinrichs.

Michael Hildemann, Regionalratsmitglied und Vertreter in der ZRR, war von dem Gespräch angetan: „Wenn man die richtigen Leute zusammenbringt, entstehen gute Ideen. Ich habe vor allem mitgenommen, dass wir uns breiter in der Region aufstellen müssen. Wenn wir neue und qualifizierte Arbeitsplätze ansiedeln wollen, brauchen wir nicht nur geeignete Flächen, sondern auch passende Infrastruktur-, Kultur- und Wohnangebote. Wir sollten also auf verschiedenen Feldern tätig werden und beispielsweise unsere Fühler in den Rhein-Kreis-Neuss ausstrecken. Es gibt heute schon vieles, was uns verbindet. Daran kann man anknüpfen.“

Unsere Themen

- Strukturwandel
- Rhein-Ruhr-City
- OGATA-Ausbau
- Rathaus der Zukunft

- Wohnungsbau
- Altstadt
- Prävention durch frühe Hilfen

Editorial:

Heute schon an morgen denken

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Politikern wird häufig vorgeworfen, nur bis zum nächsten Kirchturn zu denken. Wer immer nur auf die nächste Wahl schießt und möglichst auf der Welle der öffentlichen Meinung schwimmen möchte, der hat tatsächlich nicht die Zukunft im Blick. Für die SPD in Mönchengladbach gilt das nicht!

Unsere Stadt befindet sich in einer schwierigen Ausgangslage. Jüngste Studien zu Armut, Schulabbrechern oder Langzeitarbeitslosigkeit zeichnen ein düsteres Bild. Wenn wir ehrlich sind, haben wir die Folgen des Niedergangs der Textilindustrie nie überwunden.



Auch wenn in den letzten Jahren massiv in Bildung, Betreuung und gute Arbeit investiert worden ist, konnten wir die Probleme noch nicht bei der Wurzel packen.

Jetzt kommt mit dem Ende der Braunkohle der nächste tiefe Einschnitt auf unsere Region zu. Wer denkt, wir würden den Kopf in den Sand stecken, irrt sich gewaltig! Wir packen an und wollen den Strukturwandel zu einer Erfolgsstory machen! Mit Millionenfördergeldern aus Berlin wollen wir neue Arbeitsplätze ansiedeln, die gut bezahlt und nachhaltig sind. Wir wollen die Infrastruktur verbessern und mit der Hochschule gemeinsam den Wissensstandort ausbauen.

Innovationen, mutige Ideen und vor allem die Bereitschaft zu Veränderungen sind jetzt gefragt. Dabei wollen wir aktiv mitmachen! Wir sind nicht alleine, sondern wollen gemeinsam mit Partnern in der Region vorankommen. Deshalb werden wir auch die Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung dieser neuen Perspektiven einbeziehen. Machen Sie mit!

Herzlichst Ihr

Olympia-Bewerbung Rhein-Ruhr-City 2032: SPD-Fraktion sieht Chancen für Mönchengladbach

Wenn 2032 das Olympische Feuer aufflammt, soll das nach dem Wunsch vieler Nordrhein-Westfalen zwischen Rhein und Ruhr geschehen. Zwischen Aachen und Recklinghausen, von Bonn über Köln, Düsseldorf und die Ruhrmetropole bieten Rheinland und Ruhrgebiet beste Voraussetzungen, um die olympischen und paralympischen Spiele auszurich-

tet für uns vielmehr, die täglich genutzten Sportanlagen fit zu machen, neuen Wohnraum zu schaffen und Mobilität zu vernetzen."

Der Mönchengladbacher SPD-Fraktionsvorsitzende Felix Heinrichs begrüßt die ersten Überlegungen: „Große Sportereignisse sind in den letzten Jahren ziemlich in Verruf geraten.

Nordparks beschäftigen. Auch ohne olympische Hockey-Spiele, die hier gut machbar wären, muss der Verkehr insbesondere an Spieltagen zielgerichteter gesteuert werden.“

Schon bei der Vorstellung der Idee wurden im vergangenen Jahr kritische Stimmen laut. Heinrichs kann das nachvollziehen, betont aber die Chancen: „Die ganze Region ist doch im Moment auf der Suche nach einer neuen Identität. Der Strukturwandel nach der Braunkohle braucht an vielen Stellen Motoren, die ein positives Image schaffen und Investitionen auslösen. Neue Wohnungen, bessere Verkehrswege und moderne Sportstätten sind langfristige Effekte, die wir Jahre vor und nach so einem Großereignis spüren werden. Ganz abgesehen von den zehntausenden Besuchern während der Spiele. Das rheinische Revier braucht Aufbruchsstimmung!“

Nicole Wilms und Volker Küppers von der SPD-Fraktion, die sich ebenfalls von den Ideen überzeugt haben, wünschen sich vor allem eine kontinuierliche Bürgerbeteiligung: „Auf dem Weg müssen wir die Menschen mitnehmen und an den Planungen beteiligen. Sobald konkretere Pläne vorliegen, müssen die Bürgerinnen und Bürger erfahren, was auf sie zukommen könnte und was sie selbst davon haben. Es reicht nicht, am Ende über ein Gesamtpaket zu befinden. Während der mehrjährigen Vorbereitungsphase muss klar sein, ob die Menschen in der Region dahinterstehen.“



ten. Rund 80 Prozent der benötigten Sportsstätten wären bereits vorhanden, hat Michael Mronz, der das Projekt vorantreibt, ermittelt. Bei einem Gespräch in Mönchengladbach präsentierte Mronz der SPD-Fraktion die ersten Ideen: „Unser Ziel ist es, nachhaltige Spiele auszurichten. Niemand braucht überdimensionierte Stadien, die nach der Olympiade zu einem finanziellen Desaster für die Städte werden, oder teure Infrastruktur, die anschließend ins Nirwana führt. Nachhaltigkeit bedeu-

Explodierende Kosten, überzogene Anforderungen und undurchsichtige Entscheidungen haben dem olympischen Gedanken einen Bärendienst erwiesen. Sport ist aber vor allem eine Möglichkeit, Menschen aus der ganzen Welt zusammenzubringen, Verständigung zu schaffen und zu begeistern. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Olympia-Bewerbung neuen Schub in viele Projekte bringen würde. Allein in Mönchengladbach müssen wir uns doch dringend mit der Verkehrsanbindung des

Immer mehr Kinder finden einen Ganztagsplatz – SPD fordert weitere Schritte

Wenn die Schule aus ist, gehen immer mehr Kinder in Mönchengladbach nicht direkt nach Hause. Das Angebot der offenen Ganz-

Betreuungsplatz für ihr Grundschulkind suchen. Noch lange nicht jeder Wunsch kann im Moment erfüllt werden. Dennoch sind die zusätzlichen 275 Plätze zum nächsten Schuljahr ein großer Fortschritt!“, sagt der SPD-Fraktionschef Felix Heinrichs. Ganztagsangebote seien für alle Kinder wichtig, damit sie in der Gruppe auch nach dem Unterricht zusammen sein, spielen und ohne Druck lernen können. Heinrichs fordert daher, dass die Anstrengungen der Stadt weitergehen müssen.

OGATA-Plätze steigt. Im vergangenen Jahr haben wir mit Experten, Eltern und Schulen diskutiert und konkrete Vorschläge zum Ausbau und auch zu qualitativen Verbesserungen entwickelt. Wenn jetzt Gruppen schneller ans Netz gehen können, weil vorhandene Räume in den Grundschulen genutzt und umgestaltet werden, dann geht das mit auf unsere Initiative zurück.“ Alles in allem rechnet Schuster kurzfristig mit noch einmal mindestens weiteren 300 Plätzen, die in der Stadt benötigt werden: „Wir dürfen dabei aber nicht die Qualität aus den Augen verlieren. Eltern wollen nicht irgendeine Kinder-Aufbewahrung, sondern eine gute Betreuung, die den Kindern auch etwas bringt. Der Jugend- und Bildungsbericht zeigt, dass gute Betreuung für die Präventionsarbeit in der Stadt wichtig ist.“



© Knappe WZ

tagsgrundschulen erfreut sich in der Stadt einer immer größeren Beliebtheit. „Jedes Schuljahr erreichen uns Meldungen von Eltern, die einen

Monika Schuster, Schulexpertin der SPD-Fraktion, unterstützt: „Die SPD hat in den letzten Jahren Druck gemacht, damit die Zahl der

“Rathaus der Zukunft” - Chance für einen Neustart

Auf Initiative der planungspolitischen SprecherIn Annette Bonin (CDU) und Thomas Fegers (SPD) wurde ein „Rathausspaziergang“, im Rathaus Rheydt angeboten. Mit 50 Teilnehmern wurden die Erwartungen der Veranstalter übertriften.

Annette Bonin, planungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Mit dieser Veranstal-

und über den Bürgerservice zum Innenhof.

Herr Matthias Engel erläuterte als Beigeordneter stellvertretend für die Verwaltung im Ratssaal die dringende Notwendigkeit moderner Arbeitswelten und stärkerer Digitalisierung. Zugleich haben die Beschäftigten einen Anspruch auf barrierefreie Arbeitsplätze. Auch Thomas Enk als Personalratsvorsitzender hat am Rath-

ausgang, die den Menschen den weiteren Weg zu den Ansprechpartnern leitet. Auch der Bürgerservice ist baulich verwinkelt, eng und mit vielen Treppen nicht mehr zeitgemäß.“

Durch den Rundgang wurde den Teilnehmern schnell deutlich, dass es sich nicht um ein „Wünsch dir was“ geht, sondern um eine dringende Notwendigkeit. Ziel ist, die Verwal-



tungsidee wollen wir stärker für das wichtige „Projekt Rathaus der Zukunft“, werben. Die Menschen sollen an Ort und Stelle selber einen Eindruck von den baulichen, energetischen und arbeitsorganisatorischen Schwächen in den verschiedenen Gebäuden gewinnen.“

Der Rundgang erstreckte sich über 10 Stationen. Der Weg führte über den Ratssaal hinauf in die Flure und fensterlosen Sitzungsräume im Karstadt-Gebäude, weiter über die Brücken in die Verwaltungsflure im Sparkassengebäude

ausspaziergang teilgenommen. Das Projekt wird von den Beschäftigten durchweg unterstützt.

Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Schon alleine die Eingangssituation macht deutlich, dass Verwaltung sich baulich gegenüber den Bürgern abweisend repräsentiert. Dies liegt nicht an den MitarbeiterInnen, sondern an den baulichen Unzulänglichkeiten. In einem modernen Rathaus gibt es keine Pforte sondern eine freundliche Begrü-

tungsstandorte von 26 auf 4-5 zu reduzieren und durch die Konzentration von 1.800 Arbeitsplätzen in Rheydt dauerhaft Kosten zu sparen.

„Es muss stärker noch in der Bevölkerung dafür geworben werden, dass das Projekt „Rathaus der Zukunft“ in Rheydt eine einmalige Chance für die Stadt ist. Wir hoffen, dass der Rathausspaziergang mit dazu beigetragen hat“, sagen Annette Bonin und Thomas Fegers abschließend.

Bezahlbares Wohnen auch in Mönchengladbach sichern

Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Diese Feststellung gilt nicht mehr nur für Metropolen wie Köln, München oder Berlin. Das Problem ist längst auch in nordrhein-westfälischen Städten wie Mönchengladbach angekommen. „Es zählt jede neue Wohnung, die wir im sozial geförderten Segment neu bauen kön-

n. Dabei sehen wir vor allem die städtischen Wohnungsbauunternehmen in der Pflicht. Daher stellen wir Kreisbau und GWSG gerade komplett neu auf. Sozial geförderte Wohnungen kann ich aber nur dann bauen, wenn auch ausreichende Fördermittel zur Verfügung stehen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Felix Heinrichs. Neben den Fördergeldern, die Land und

Bund zur Verfügung stellen, braucht es aber auch praktikable Förderrichtlinien. Hans-Willi Körfges, Mönchengladbacher Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Landtagsausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, engagiert sich zurzeit für eine Änderung der Fördervoraussetzungen:

„In der aktuellen Richtlinie gibt es eine klare Grenze. Geförderte Wohnungen dürfen demnach nur in Häusern mit maximal vier Vollgeschossen errichtet werden. Bleibt diese Regelung so bestehen, wäre das für Städte wie Mönchengladbach fatal. Gerade große Neubaugebiete wie die Seestadt oder die Maria-Hilf-Terrassen würden demnach arge Probleme bekommen.“ Der entsprechende Antrag der SPD-Landtagsfraktion geht diese Woche in die parlamentarische Beratung. Körfges und seine Mönchengladbacher Kolleginnen und Kollegen versprechen sich davon bessere Voraussetzungen für den sozialen Wohnungsbau.

Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher fordert rasch Klarheit: „Die SPD-Fraktion hat immer klar gesagt, die Pläne in der Seestadt nur dann zu unterstützen, wenn im nennenswerten Umfang bezahlbare Wohnungen entstehen. Wir erwarten, dass zukünftig auch Wohnungen in Häusern mit mehr als vier Vollgeschossen gefördert werden können. Nur mit dieser Genehmigung können wir endlich vorankommen! Entweder wird die Richtlinie geändert oder Mönchengladbach bekommt die verbindliche Zusage des Ministeriums, abweichend höher zu bauen. Niemand will Hochhausghettos wie in den 60er und 70er Jahren. Daher macht es Sinn, dass es mehr soziale Vielfalt in den Quartieren gibt und auch innerhalb eines Hauses sowohl geförderte, als auch freifinanzierte Wohnungen gebaut werden. Diese integrierten Lagen haben wir in Mönchengladbach, sodass ich hoffe, schnell zu Ergebnissen zu kommen. Gelingt das nicht, müssen wir für unsere Stadt komplett neu denken.“



nen. Dabei sehen wir vor allem die städtischen Wohnungsbauunternehmen in der Pflicht. Daher stellen wir Kreisbau und GWSG gerade komplett neu auf. Sozial geförderte Wohnungen kann ich aber nur dann bauen, wenn auch ausreichende Fördermittel zur Verfügung stehen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Felix Heinrichs. Neben den Fördergeldern, die Land und

„In der aktuellen Richtlinie gibt es eine klare Grenze. Geförderte Wohnungen dürfen demnach nur in Häusern mit maximal vier Vollgeschossen errichtet werden. Bleibt diese Regelung so bestehen, wäre das für Städte wie Mönchengladbach fatal. Gerade große Neubaugebiete wie die Seestadt oder die Maria-Hilf-Terrassen würden demnach arge Probleme bekommen.“ Der entsprechende Antrag der SPD-Landtagsfraktion geht diese Woche in die parlamentarische Beratung. Körfges und seine Mönchengladbacher Kolleginnen und Kollegen versprechen sich davon bessere Voraussetzungen für den sozialen Wohnungsbau.

Studentisches Wohnen in der Altstadt: „Belebung und Imagewandel der Innenstadt weiter vorantreiben!“

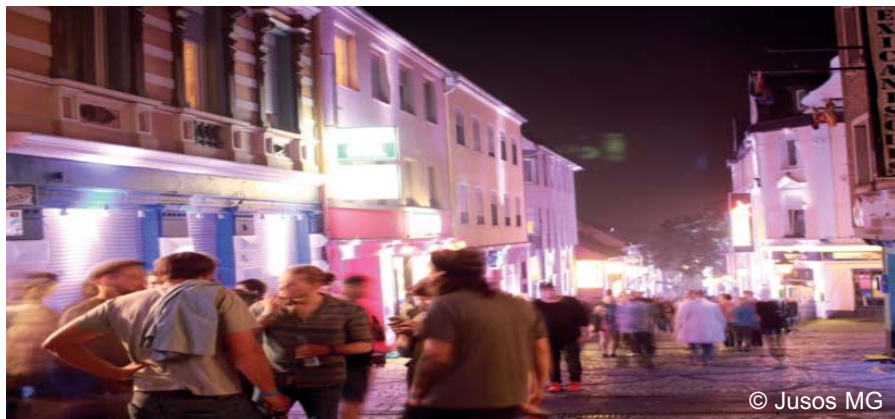
In der Altstadt geht es bergauf. Vorbei sind die Zeiten, als nur Negativmeldungen das Geschehen bestimmten. Anwohnerklagen, ein schmutziges Straßensbild und schwindende Besucherzahlen hingen noch vor wenigen Jahren wie düstere Wolken über der Innenstadt. Heute hat sich die Situation erheblich gewandelt: Immer mehr Menschen kommen tagsüber in die Altstadt; Kulturküche, Vinylgarage und

sitzende Felix Heinrichs nach einer Diskussionsrunde mit Stadtteilkoordinator Marius Müller. Auf den Erfolgen dürfe man sich nicht ausruhen, sagt Heinrichs und fordert, dass städtische Wohnungsbaunternehmen Studierenden-Wohnungen gezielt an der Aachener Straße bauen sollen. „Für die SPD-Fraktion ist klar, dass das neue Wohngebiet auf dem Maria-Hilf-Gelände und die Partyszene sich er-

Polizei und Ordnungsamt auf der Straße. „Die Altstadt ist für alle da und für viele Menschen auch der Wohnort. Lärm, wilder Müll oder Vandalismus gehören nicht zu einer attraktiven Altstadt.“

Die gemeinsamen Anstrengungen von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst zeigen Wirkung. Weiteres Verbesserungspotential ist gemeinsam mit der Bürgerschaft im Dialog zu diskutieren, damit sich auch die Anwohner rund um die City-Kirche und Waldhausener Straße wohlfühlen“, sagt Safi.

„Es hat sich ein friedlicheres Klima entwickelt. Die Leute kommen wieder, weil es Musik für jeden Geschmack, coole Locations und eine friedliche Atmosphäre gibt. Angsträume sind durch die Beleuchtung verschwunden und das Engagement der sozio-kulturellen Szene und der Anwohner*innen ist sichtbar“, findet Josephine Gauselmann, Juso-Vorsitzende und selbst gerne in der Altstadt unterwegs: „Was inzwischen besonders auffällt, ist die bessere Vernetzung und die bessere Zusammenarbeit der Wirte. Es entstehen gemeinsame Aktionen wie der Altstadttrödel oder die Clubnacht. Die Altstadt lebt, die Partyszene hat sich einfach verändert. Es gibt zwar immer noch viele verwaiste Kneipen und Ladenlokale, aber es tut sich was in der Altstadt. Nicht alle Leerstände lassen sich wieder in Gastronomie umwandeln, aber wir können die Eigentümer*innen ermutigen, ihr Quartier zu gestalten.“



andere Einrichtungen haben sich als neue Anlaufstellen etabliert. Die Altstadtinitiative hat viel bürgerschaftliches Engagement losgetreten. Und der Stadtteilkoordinator sorgt dafür, dass die Initiativen vernetzt werden und mehr Projektarbeit möglich wird.

„Gegen politischen Widerstand haben wir die Einrichtung der Stelle und ihre Finanzierung 2016 durchgesetzt. Heute steht fest: Das funktioniert sehr gut!“, sagt der SPD-Fraktionsvor-

sitzende Felix Heinrichs nach einer Diskussionsrunde mit Stadtteilkoordinator Marius Müller. Auf den Erfolgen dürfe man sich nicht ausruhen, sagt Heinrichs und fordert, dass städtische Wohnungsbaunternehmen Studierenden-Wohnungen gezielt an der Aachener Straße bauen sollen. „Für die SPD-Fraktion ist klar, dass das neue Wohngebiet auf dem Maria-Hilf-Gelände und die Partyszene sich er-

„Insgesamt“, unterstreicht der SPD-Chef im Stadtbezirk Nord, Janann Safi, „hat sich in den letzten Jahren ungemein viel Positives getan. Ohne das ehrenamtliche Engagement gäbe es weder die schöne Beleuchtung auf der Waldhausener Straße, noch das Köntges oder den Freiraum von Kolping.“ Viele Altstadtbesucher begrüßen auch die stärkere Präsenz von

Präventionsarbeit „Frühe Hilfen“ zeigt Wirkung!

Wenn ein Kind neugeboren wird, stehen die Eltern vor einer völlig neuen Situation. Damit junge Familien die Hilfe und Unterstützung erhalten, die sie benötigen, führt die Stadt Mönchengladbach seit vielen Jahren Willkommensbesuche durch.



„Der aktuelle Bericht der Stadtverwaltung zeigt, wie wichtig die Willkommensbesuche bei den jungen Familien sind. In den letzten drei Jahren konnten so fast 6.000 Neugeborene mit ihren Eltern besucht werden. Das sind 75 Prozent aller Geburten. Diese erste Kontaktaufnahme bietet die Möglichkeit, über konkrete An-

gebote zu informieren und Fragen der Eltern zu klären. Die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung bringen neben Informationsbroschüren auch ein Elternbegleitbuch und weitere Präsente mit. Für die SPD-Fraktion war dieses Angebot immer eine wichtige Brücke zu den Familien, um von Anfang an Eltern und Kinder zu unterstützen. Die Idee, die mittlerweile in ganz NRW umgesetzt wird, haben wir uns aus Dormagen abgeschaut. Der Erfolg gibt uns recht“, freut sich die jugendhilfepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Monika Berten.

Felix Heinrichs, SPD-Fraktionsvorsitzender, ergänzt: „Die Willkommensbesuche sind ein Element unserer Präventionsstrategie in Mönchengladbach. Eltern sollen von Anfang an wissen, wo sie Hilfe erhalten und welche Möglichkeiten es für gesundheitliche Beratung, Betreuung oder andere Fragestellungen gibt. Die Zusammenarbeit zwischen Fa-

milien, der Stadt und den freien Trägern schafft ein Umfeld, in dem Kinder gut und behütet aufwachsen können. Außerdem kann das Jugendamt auch schnell unterstützen oder eingreifen, wenn es Probleme in den Familien gibt.“

RatAktuell 1/2019

Herausgeber:
SPD-Ratsfraktion
Mönchengladbach
Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach
Tel: 02166/6757510
Fax: 02166/6784906
Mail: spdratmg@itbank.de
Internet: www.fraktion-spd-mg.de
twitter.com/SPDratmg
facebook.com/spdraktionmg
Redaktion:
Felix Heinrichs (V.i.S.d.P.)
Thomas Fegers